

Auflösung der Familie als Folge der Globalisierung

Diethelm Raff

Die sogenannte Globalisierung ist ein Trick. Mit ihr begründen sowohl die linken Zentralisten als auch die Vertreter der Grosskonzerne, dass sie uns Menschen alles wegnehmen wollen, was dem Zusammenleben der Bürger dienlich ist und das selbstbestimmte Leben ermöglicht. Dazu gehört nicht nur die Zentralisierung aller Lebensbereiche durch die Verschiebung von Entscheidungskompetenzen auf Kantons- oder Bundesebene und noch weiter auf EU- oder Uno-Ebene bzw. sonstigen internationalen Absprachegremien. Dazu gehört auch, dass man den Schutz der Bürger vor dem Zugriff der Globalisierungsdespotie aufhebt. In diesem Rahmen ist es auch zu sehen, dass es die Familie als natürliche und ursprüngliche Form des Zusammenlebens nicht mehr geben soll und die Erziehung aus den Händen der Eltern genommen wird.

Globalisierung: Verbundenheit der Menschen auflösen

Für die Durchsetzung der Globalisierung braucht es willfährige Menschen, die nirgends verbunden sind und deshalb die Entscheidungen der "führenden Eliten" in deren Absprachegremien folgsam ausführen. Deshalb darf es keine selbstbestimmten Bürger mehr geben, sondern nur noch "korporierte Bürger". Die unabhängige Familie kann heute die Heranbildung von Untertanen stören. Deshalb muss ihr die Erziehung von Kindern entrissen werden. Die Familie darf darüberhinaus nicht mehr die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft sein, wie sie in den allgemeinen Menschenrechten richtigerweise bezeichnet wird (Art. 16.3). Wir müssen aber feststellen: Der Mensch kann nur frei sein, wenn er als soziales Wesen zumindest in der Familie sein Leben frei gestalten kann. Deshalb wird die Familie in allen demokratischen Staaten vor dem Zugriff des Staates in besonderer Weise geschützt. Deshalb haben die Eltern ein besonders geschütztes Erziehungsrecht.

Familie als Verwaltungseinheit statt seelischer Heimat

In der globalisierten Welt soll es diese Familie nicht mehr geben. Familie wird deshalb zu einer Verwaltungseinheit des Staates umdefiniert und damit ihres besonderen Schutzes entledigt: Rund um die Welt definieren die Anhänger der Globalisierung die "Familie" plötzlich als das "Zusammenleben von verschiedenen Personen für eine bestimmte Zeit". Eine Wohngemeinschaft gilt deshalb als eine Familie genauso wie Bauarbeiter, die für einige Wochen in Baracken zusammenwohnen. Die Familie verliert damit ihre eigentliche Bedeutung. Selbst im "Wort der Kirchen" in der Schweiz vom September letzten Jahres wird Familie nur noch als "Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern" bezeichnet und als "soziologisch anerkannte Institution, die für das Fortbestehen der Gesellschaft unabdingbar ist".

Das entspricht weder dem internationalen Recht noch dem Naturrecht noch den psychologischen Erkenntnissen über die Beziehungsbildung bei Menschen. Familie heisst nämlich auch, dass man für andere Menschen lebenslang Verantwortung übernimmt, zuerst die Eltern für die Kinder und im Erwachsenenalter auch die Kinder für die Eltern. Familie bedeutet, den Kindern den Gang ins Leben zu ermöglichen, mit ihnen Gemeinschaft zu verwirklichen - nicht nur am gleichen Ort zu leben. Familie heisst, den Kindern Grundlagen für das Leben in vielerlei Hinsicht zu bieten, sowohl was die seelische Sicherheit angeht als auch was viele Fähigkeiten angeht, die für ein gemeinschaftliches Leben nötig sind. Wenn der Sinn der Familie gelebt wird, dann fördert sie die Verbundenheit und hilft, Sittlichkeit zu entwickeln, Konflikte im Sinne des Gemeinwohls zu lösen, fähig zu werden, soweit es die Gesundheit erlaubt, einen Beitrag für alle zu leisten.

Die Förderung von Familie, in der diese Ansprüche so weit wie möglich verwirklicht werden, ist Voraussetzung für ein glückliches Zusammenleben von Eheleuten und für das gemeinschaftliche Zusammenwirken von Menschen auf allen Ebenen.

Marxisten und Grosskapital arbeiten für die Globalisierung zusammen

Wir wundern uns manchmal, dass die Aufhebung des eigenständigen Bürgers und aller vom Staat unabhängiger Zusammenschlüsse so schnell voranschreitet und fragen uns, welche Kräfte da zusammenwirken. Eine öffentliche Antwort hat kürzlich einer der marxistischen Chefideologen in der Schweiz, Jakob Tanner, gegeben. Er erklärte an einer Veranstaltung mit Gesinnungsgenossen, dass die Marxisten in der Schweiz bis 1991 keine Chance hatten, ihre Ideen durchzusetzen. Nach der EWR-Abstimmung 1992 seien FDP-Vertreter der Grosskonzerne auf sie zugekommen und hätten erklärt, jetzt müssten endlich die alten Mythen über die Schweiz aufgehoben werden. Tanner und seine Kollegen bekämen Platz auch im führenden Wirtschaftsmagazin "Bilanz", um damit anzufangen. Erstaunlicherweise hätte die Redaktion von Bilanz den Titel seines Beitrages gegen das schweizerische Selbstverständnis noch verschärft. Das Angebot der Zusammenarbeit von Grosskonzernen und Marxisten hängt wahrscheinlich nicht nur damit zusammen, dass es Konzernchefs wie Daniel Vasella von Novartis gibt, die zu den marxistischen Stosstrupps gehörten (trozkistische Fraktion).

Nachdem Tanner jahrelang wegen seiner ideologischen Ausrichtung nicht zum Professor an der Universität Zürich ernannt worden war, haben ihm seine Förderer aus den Kapitalkreisen eine Professur ermöglicht. Seine Aufgabe ist es jetzt, zusammen mit anderen Marxisten eine neue Historikergeneration auf die Globalisierung einzuspüren. Ein Produkt dieses Deals ist die Zusammensetzung der Bergier-Kommission und deren "Forschungen" - eine Repetition dessen, was die Marxisten seit Jahrzehnten behaupten. (Es sei daran erinnert, dass der erste vorgeschlagene - nicht linientreue - Präsident der Kommission, Professor Urs Altermatt, vom Zuger Trotzlisten Josef Lang verunglimpft worden ist, keinen Schutz erhalten hat und zum Rücktritt gezwungen worden ist). Es verwundert aus dieser Sicht der Dinge nicht, dass die Bergierkommission die Grosskonzerne von einer Schuld weitgehend entlastet. So kommt auch die Firma von Bundesrat Villiger ungeschoren davon, eine Firma, die er am Abend der Uno-Abstimmung im Rahmen der "Globalisierung" den Schweizern entzogen und nach China verschoben hat. Es geht auch beim "Bergier-Projekt" vor allem darum die "mentale Grunddisposition" der Schweizer umzubauen (Andreas Gross), womit der Wert des Friedens, der Neutralität, der direkten Demokratie, der Unabhängigkeit, des Föderalismus, der freien Zusammenschlüsse und der Familie zerstört werden soll.

Die Erziehung unter die Kontrolle des Staates bringen

Wenn wir diese Tatsachen im Hintergrund haben, so können wir uns auch direkt am kommunistischen Manifest orientieren, um zu erfahren, was uns diese neue Koalition aus Marxisten und Grosskonzernen aufzwingen will. Dort lesen wir: "Wir Kommunisten entreissen die Erziehung dem Einfluss der herrschenden Klasse, (...) indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen" (Marx, Engels: Manifest der kommunistischen Partei, Dietz Verlag Berlin 1970, S. 63). Marx und Engels stellten 10 Punkte auf, die sie ausdrücklich als "despotische Massregeln" bezeichneten. Mit diesen sollte ihre Diktatur durchgesetzt werden, zu der ausdrücklich die Abschaffung der Gewaltenteilung gehört und ebenso die Abschaffung der bürgerlichen Freiheiten wie Gewissens- und Religionsfreiheit. Einer dieser 10 Punkte ist die "öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder" (S. 66/67).

Auf Uno-Ebene findet die Abschaffung der Familie seit dem Kinderrechts-Gipfel mit der Kinderrechts-Konvention statt. In dieser Konvention wird, neben verschiedenen sinnvollen Artikeln, das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder massiv eingeschränkt. Diese Konvention wurde von fast allen Staaten der Welt unterschrieben, ohne dass eine Diskussion unter den Bürgern stattgefunden hätte. Die Schweiz hat diese Konvention, im Moment noch mit einem Vorbehalt bezüglich der Elternrechte, angenommen, setzt sie aber innerhalb des Departements der ehemaligen

Trotzkistin Ruth Dreifuss in allen Teilen schnell um. In Deutschland sorgt dafür die in der DDR sozialisierte Christine Bergmann, die erklärt: "Familie ist dort, wo Kinder sind. Punkt." (21.7. 98 auf dem Klartext Forum)

Beobachten wir also genau: Beispielsweise lesen wir am 13. März diesen Jahres in der NZZ den Titel: "Kleinkinder brauchen mehr als die Mutter". Im Inhalt lesen wir, dass der Staat für Kleinkinder Kinderkrippen bereitstellen soll. Da die Meinungsmanipulatoren die Parole durchgegeben haben, dass jede neue Forderung positiv für möglichst alle Menschen klingen muss, ohne dass jemand Nachteile zu befürchten hat (die sogenannte win-win-Strategie), wird auch der schädliche Verlust der Mutter für Babys und Kleinkinder über lange Tageszeiten umformuliert als Gewinn für das Kind.

Ideologischer Stosstrupp für die Auflösung der Familie in der Schweiz ist die 1995 gegründete "Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen" (EKFF), deren Präsident seit zwei Jahren Jürg Krummenacher ist. Durch die Umdeutung des Familienbegriffs im Departement von Ruth Dreifuss treten ja seit kurzem auch Marxisten mit Vehemenz für die "Unterstützung der Familien" ein, vor allem für die Vereinnahmung der familiären Aufgaben durch den Staat. Auf parlamentarischer Ebene dient dafür die SP-Initiative Jacqueline Fehr, mit der 60 000 bis 100 000 neue Krippenplätze geschaffen werden sollen, die aber wegen des besseren Klanges "familienergänzende Betreuungsplätze" genannt werden.

Aufhebung der privaten Kleinkinderbetreuung

Aus der marxistischen Logik ergibt sich, dass die Betreuung von Kleinkindern unter staatliche Kontrolle gebracht werden muss. Deshalb darf es keine privaten Einrichtungen geben oder noch weniger gestandene, erfahrene Eltern als Betreuer für Notfälle zum Beispiel als Lösung innerhalb der Gemeinden. Man unterstellte deshalb die Kleinkindbetreuer der staatlichen "Qualitätskontrolle", die beinhaltet, dass die Betreuer mit einer "Ausbildung" auf die richtigen ideologischen Wege geführt werden und andere private Angebote keinerlei Unterstützung erhalten dürfen.

Eltern soll das Recht auf Erziehung ihrer Kinder genommen werden

Neu fordert Mireille Chervaz Dramé, die Leiterin der Genfer Zulassungsstelle für Betreuungsplätze, auf der Jahrestagung der Koordinationskommission für Familienfragen, dass der Staat zusammen mit der Wirtschaft und den Eltern die Verantwortung für die Kleinkinderziehung übernimmt. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Eltern von den Gemeinden oder von ihrer Firma einfordern können, dass sie finanziell für ihre Kinder aufkommen und für diese einen Betreuungsplatz anzubieten haben. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch, dass die Eltern ihr Erziehungsrecht für ihre eigenen Kinder verlieren, weil sie nicht mehr alleine die Verantwortung tragen. Den Eltern wird damit das Recht genommen, ihre Kinder gemäss ihren eigenen Werten zu erziehen.

Damit der Einfluss des Staates auf die Kinder schneller durchgesetzt werden kann, forderte diese Eidgenössische Kommission, dass die Kinderzulage nicht mehr den Kantonen untersteht, sondern dem Bund. Damit soll den Bürgern die Möglichkeit in den einzelnen Kantonen genommen werden, über diese Massnahme abzustimmen, sie ihren eigenen Wünschen entsprechend zu regeln. Zentralisiert können auch leichter die UNO- und Eu-Normen übernommen werden.

Mit diesen Massnahmen wird darüberhinaus die Forderungen der marxistischen Feministen in der Uno umgesetzt, die in allen Uno-Dokumenten der 90er Jahre wie z.B. in der Agenda 21 die Kinderkrippen als Voraussetzung für die Umgestaltung von Werten, Einstellungen, Verhalten, Kulturen und Strukturen in der ganzen Welt fordern.

Es wundert also nicht, dass an der Jahrestagung der Eidgenössischen Koordinationskonferenz für Familienfragen erklärt wurde, dass die "Bereitstellung von familienergänzende Betreuungsangebote zu den wichtigsten Elementen der Familienpolitik zählt", der Familienpolitik des Departements Dreifuss.

Ideologische Begründung für die Kinderkrippen

Die Meinungsmanipulatoren lieferten an dieser Tagung gleich auch eine ideologische Begründung für die Trennung von Mutter und Kind schon im frühesten Alter. In der ganzen Geschichte seien die Kinder von mehreren Personen betreut worden und nicht nur von der Mutter. Das sei sogar sinnvoller als die alleinige Erziehung durch die Mutter. Da schon das Baby Interesse an den Mitmenschen zeige, sollten auch andere Erwachsene und Kinder in den Alltag integriert werden. All dem kann zugestimmt werden, mit der Einschränkung, dass die anderen Erzieher fast immer in der Geschichte Grosseltern, Verwandte, grosse Geschwister oder teilweise Nachbarn waren, zu denen das Kind über lange Jahre eine Verbundenheit entwickeln konnte und tragende menschliche Beziehungen entstehen konnten. Das ist nicht zu vergleichen mit Angestellten, die nach 1 oder 2 Jahren nicht mehr im eigenen Umfeld vorhanden sind, selbst wenn die Betreuer emotional sehr zugewandt sein sollten. Weiterhin war in der Geschichte das kleine Kind normalerweise nicht über viele Stunden von den Beziehungspersonen getrennt.

Die Schlussfolgerung des Berichts widerspricht deshalb den wissenschaftlichen Erkenntnissen völlig: Eine Kinderkrippe sei für die kindliche Entwicklung ein Vorteil.

Störung der kindlichen Entwicklung durch Kinderkrippen

Wir wissen aus den Ostländern vor allem aus der DDR und der Tschechei, wie schädlich die Kinderkrippen für die Kinder sind, weil sie eine lange Trennung von der Mutter beinhalten und die Beziehungsbildung, die Bildung des Urvertrauens, das für das gesamte Lebensgefühl des Menschen von grösster Bedeutung ist, stören oder gar verunmöglichen. Wir wissen aus der Tschechei, dass dort die Sterblichkeitsrate sehr hoch war, die Kinder einen massiven Entwicklungsrückstand hatten, aggressiver waren und weniger kooperativ. (Dunovsky, J.: Morbidität von Kindern in Kinderkrippen in der Tschechoslowakei. In: Der Kinderarzt. 21. Jahrgang, S. 1180-1187). Die negativen Auswirkungen der fast vollständig durchgeführten Krippenerziehung in der Tschechoslowakei und in der DDR waren so massiv, dass sogar der kommunistische Staat Tschechoslowakei in den 80 Jahren anfing, die Erziehung in der Familie zu fördern.

Bei der Betreuung in den Kinderkrippen, insbesondere unter 3 Jahren, fehlt dem Kind die emotionale Konstanz mit der Hauptbindungsperson, die für die Entwicklung des Urvertrauens notwendig ist. Ein Kind, das sich nicht auf die Mutter verlassen kann, weil sie für dieses Kind über lange Strecken des Tages nicht erreichbar ist, bleibt innerlich unruhig. Selbst wenn sich Kinder in der Kinderkrippe äusserlich anpassen, was oft nicht der Fall ist, können beim Kind massive psychische Störungen entstehen. Aufgrund solcher wissenschaftlicher Ergebnisse schickt man Kinder frühestens mit 3 Jahren in den Kindergarten, viel eher aber zu einem späteren Zeitpunkt und dort auch nur für 2 oder 3 Stunden, damit das Kind nach dieser Zeit wieder die Hauptbeziehungsperson, normalerweise die Mutter, erreichen und erleben kann. Unter diesen Umständen kann der Kindergarten für Kinder, insbesondere Einzelkinder, die nicht unter Nachbarskinder eingebunden sind, ein Vorteil sein, falls der Kindergarten darauf ausgerichtet ist, eine Gemeinschaft zu bilden. Dann kann das Kind Kooperation erlernen.

Je nach Alter ist eine Abwesenheit von über 4 bis 6 Stunden für Kinder über 3 Jahren ein Problem, auch weil die einzelnen Kinder emotional nicht in gleicher Weise angesprochen werden können wie durch die Mutter - auch weil in Kinderkrippe oder Kindergarten viele Kinder im gleichen Alter durch einen Erwachsenen betreut werden.

Kinder erziehen statt betreuen

Gezielt ausgeblendet wird in der neuen Rechtfertigungsideologie für staatliche Erziehung, dass ein Kind erzogen werden muss. Betreuung alleine reicht nicht aus. Erziehung beinhaltet, dass sich Eltern mit den Kindern innerlich so weit verbinden, dass sie ihnen Zuwendung und Orientierung geben, zuverlässig sind und nicht nur während der Arbeitszeit vorhanden sind.

Es ist nötig, dass viele Bürger aufmerksam die Vorgänge in der Welt verfolgen. Es ist nötig, dass wir die Bedingungen für ein friedliches Leben formulieren, verbreiten und miteinander diskutieren, zu denen auch der Aufbau tragender Beziehungen in der Familie gehört. Das verhilft uns allen dazu, den Grund für die schnelle Zerstörung der Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben besser zu verstehen und darauf aufbauend einzufordern, wie wir unser Leben selbstbestimmt leben wollen. Wir können es nicht zu lassen, dass eine kleine Clique international und in jedem Land die Menschen in autoritäre, kriegerische Verhältnisse stürzt und uns das Leben aus reinem Machtstreben, geostrategischen und Rohstoffinteressen zur Hölle macht. Entschlossenes Zusammenstehen gegen diese Angriffe auf die Kultur der Liebe und des Friedens ist gefordert.

Zürich, 24. 03. 2002